

INTERVIEW HOLGER SCHWANNECKE

„Die Risikofaktoren sind enorm!“

Der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung.

TRIER Holger Schwannecke (Jahrgang 1961) ist seit zwölf Jahren Deutschlands oberster Handwerksfunktionär. Mit dem Trierischen Volksfreund hat er anlässlich seines Besuchs zur Einweihung des neuen Bildungscampus des Handwerks in der Handwerkskammer (HWK) Trier über die aktuelle Lage im Handwerk gesprochen.

Das Handwerk hat nicht nur goldenen Boden, sondern scheint derzeit noch nicht konjunkturell beeinträchtigt zu sein. Worauf führen Sie das zurück?

HOLGER SCHWANNECKE: Es ist wohl wahr, dass das Handwerk weiter stark gefragt ist, doch die konjunkturellen Beeinträchtigungen, die sich allgemein bemerkbar machen etwa durch die Preisexplosion vor allem bei Energie und durch nicht lieferbare Rohstoffe und Materialien, die gehen natürlich auch am Handwerk nicht spurlos vorbei. Die Folgen der Corona-Pandemie, Material- und Lieferengpässe, drastische Preissteigerungen, Inflation, fehlende Fachkräfte und seit Ende Februar die Auswirkungen des brutalen russischen Angriffs auf die Ukraine setzen unseren Betrieben – mittlerweile auch denen im Baubereich – zu.

Woher wollen Sie all die Fachkräfte nehmen, auf die das Handwerk auch angesichts der Rentenreife der Babyboomerjahre angewiesen ist?

SCHWANNECKE: Klar ist schon jetzt, dass das aktuelle Fachkräftenreservoir in Deutschland in Zukunft nicht ausreichen wird, um die Bedarfe aller Branchen zu decken. Aus Sicht des Handwerks braucht es ganz klar noch wesentlich stärkere Anstrengungen, um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern und sie gleichwertig zur akademischen Bildung zu unterstützen und zu fördern. Es braucht ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, damit handwerkliche Berufe endlich die Anerkennung erfahren, die sie verdienen.

Sie kämpfen um jeden Azubi angesichts von Akademisierung und Digitalisierung. Warum ist es so schwierig, das Handwerk als krisensicher zu verkaufen?

SCHWANNECKE: Die Gründe für den Nachwuchsmangel im Handwerk

liegen zum einen in der demografischen Entwicklung und zum anderen im weiter anhaltenden Trend zu Abitur und Studium. Das Bildungsmantra der vergangenen Jahrzehnte, wonach vor allem ein akademischer Abschluss beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Anerkennung bringen werden, hat für viele Jugendliche und vor allem auch deren Eltern eine Ausbildung wenig attraktiv erscheinen lassen. Dass dies ein fataler Irrtum ist, muss in den Köpfen erst einmal ankommen. Dafür brauchen wir ein gesellschaftliches Umdenken hin zu mehr Wertschätzung für das Handwerk. Und wir brauchen eine neue Bildungspolitik, die den akuten Ausbildungs- und Arbeitsmarktherausforderungen gerecht wird.

Was sind inhaltlich die größten Herausforderungen fürs Handwerk?

SCHWANNECKE: Seit dem 24. Februar hat die Energiepolitik – besonders die Bereiche Energieeffizienz und Erneuerbare Energien – eine noch stärkere Bedeutung gewonnen. Denn seither ist klar: Die Zukunftsaufgaben, die wir vor der Brust haben, müssen wir nicht allein aus ökologischen Gründen unbedingt bewältigen, sondern auch aus gesellschafts-, geo- und wirtschaftspolitischen Gründen. Das bietet Chancen für das Handwerk, stellt aber gleichzeitig auch eine enorme Herausforderung dar. Die größten Risiken für unsere Betriebe sind die weiter wachsenden Lieferengpässe und die deutlichen Preissteigerungen – gerade im Energiebereich.

Lieferengpässe und hohe Preise/Inflation könnten dazu führen, dass einige Auftraggeber ihre Bauaufträge und Vorhaben in die Zukunft verschieben. Inwiefern könnten wir nach dem Handwerksboom einen Einbruch erleben?

SCHWANNECKE: Die zunehmenden Schwierigkeiten gerade im Baubereich sind deswegen beunruhigend, weil sich der Bau bislang über die Pandemie hinweg stets als stabilisierender Konjunkturanker erwiesen hat. Die Politik ist in dieser Lage aufgefordert, baustabilisierende Maßnahmen zu ergreifen und vor allem einen verlässlichen Förderrahmen zu gewährleisten.

Wie schätzen Sie die zweite Jahreshälfte und das kommende Jahr ein?

SCHWANNECKE: Allgemein – und erst recht in diesen Tagen – gleichen Konjunkturausblicke dem sprichwörtlichen Blick in die Glaskugel. Wir sind vorsichtig optimistisch, dass die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder an Fahrt aufnimmt. Die Risikofaktoren bleiben aber enorm: Die hohen Preissteigerungen bei Materialien und Energie – nicht zuletzt durch den Ukraine-Krieg – beeinträchtigen die Produktion in den Betrieben und dämpfen die Nachfrage nach handwerklichen Waren und Dienstleistungen. Und was der Corona-Herbst bringt, wissen wir heute auch noch nicht.

Vor allem öffentliche Auftraggeber geben Zahlungsziele vor, müssen Ausschreibungen europaweit tätigen und sind auf pünktliche Ausfertigung angewiesen. Einige Handwerksbetriebe können angesichts schwankender (Tages-)Preise, fehlender Lieferungen und Mangel an Personal solche Ausschreibungen gar nicht mehr annehmen. Was muss hier geschehen?

SCHWANNECKE: Für den Baubereich hat der Bund – gerade auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Lieferprobleme – für öffentliche Bauvergaben eine breite Nutzung von Preisgleitklauseln vorgegeben, wie auch die Möglichkeit, dass bestehende Bauverträge gegebenenfalls an neue Preisverhältnisse angepasst werden können. In diesem so schwierigen konjunkturellen Umfeld ist es umso wichtiger, dass die Politik unseren Betrieben unterstützend unter die Arme greift: in Reaktion auf die Lieferengpässe und die damit verbundenen Preissprünge durch flexiblere Vertrags- und Preisgestaltungen bei öffentlichen Aufträgen auf wirklich allen staatlichen Ebenen; zum Energiepreisausgleich durch unbürokratische und unsere Betriebe nicht zusätzlich belastende Regelungen; und mit Blick auf die Fachkräftesicherung durch eine deutliche Fokussierung darauf, berufliche Bildung stärker wertzuschätzen und finanziell zu fördern.

DIE FRAGEN STELLTE
SABINE SCHWADORF.



Einige von 200 Ehrengästen zerschneiden das obligatorische Band (von links: ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke, Triers OB Wolfram Leibe, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Handwerkskammerpräsident Rudi Müller, Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt, Professor Friedrich Hubert Esser und Architekt Gerhard Wolf.

FOTOS (3): ANDREAS SOMMER



Angesichts von 30 neuen Werkstätten mit 412 Werkstatt- und 182 Unterrichtsplätzen möchte Rudi Müller, Präsident der Handwerkskammer Trier, „selbst noch mal gern Lehrling sein – wenn ich dafür nicht noch mal 50 Jahre arbeiten müsste“. Der neue Bildungscampus soll zum „Magneten“ werden.



EXTRA

„Meilenstein für das deutsche Handwerk“

„Mir geht das Herz auf!“ Handwerkskammerpräsident (HWK) Rudi Müller ist nach sieben Jahren Planungs- und Bauzeit sichtlich stolz auf die Einweihung des neuen Bildungszentrums der HWK Trier. Für rund 44 Millionen Euro (Bund: 18,5 Millionen Euro, Land: 12,9 Millionen Euro, Eigenanteil: 12,5 Millionen Euro) ist ein neues Markenzeichen für die berufliche Aus- und Weiterbildung im regionalen Handwerk entstanden, das auch

bundesweit seinesgleichen sucht: Denn es ist das erste Bildungszentrum in Passivhausbauweise, in dem „die Lehrlinge an der Bauhülle und der Photovoltaikanlage auf dem Dach das Gelernte gleich in der Praxis erleben können“. Ministerpräsidentin Malu Dreyer nannte es das „neue Meisterstück des Handwerks“, das Kraft geben solle und die Betriebe und jungen Leute ermutigen solle, den Weg in die Zukunft zu gehen. Denn berufliche Bildung sei „das Thema der Zukunft für die Wirtschaft“.

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (siehe Interview nebenan), der von Trier aus auch die bundesweite Aktion zum „Sommer der Berufsausbildung“ eröffnete, sprach angesichts des Vorbildcharakters des Zentrums von einem „Meilenstein für das deutsche Handwerk in düsteren Zeiten“. Es sei ein „Triumph der Handelnden über die Zaudernden“. Denn es sei dringend Zeit, die berufliche Bildung zu stärken, hier habe die Trierer Kammer Zeichen gesetzt.

Neonazi lädt in Saarburger Chatgruppe zu Veranstaltung ein

Ein Ex-NPD-Funktionär beteiligt sich rege am Chat in einer Saarburger Telegram-Gruppe. Der Verfassungsschutz beobachtet. Verwundert sind die Staatsschützer nicht.

CHRISTIAN KREMER

SAARBURG „Thing der Titanen II“ ist der martialische Titel einer Veranstaltung, für die der Ex-Vize der rheinland-pfälzischen NPD in einer Saarburger Telegram-Gruppe wirbt. Es ist die Gruppe, über die sich die Saarburger Corona-Maßnahmenkritiker in den vergangenen Monaten zu ihren Montagsprotesten verabredet haben. In der Stadt waren da an mehreren Montagen mehr als 100 Teilnehmer dabei. Teilweise kam es zu Zwischenfällen mit der Polizei. In dem öffentlichen Chat mit mehr als 150 angemeldeten Mitgliedern haben die Teilnehmer die Demonstrationen resümiert. Der Ex-NPD-Funktionär, der in der Region bekannt ist, weil er in der Vergangenheit versucht hat, im Hunsrück ein NPD-Schulungszentrum zu etablieren, hat sich im Lauf des Chats an einigen Stellen eingebracht.

Sieht man sich den Flyer, den er nun geteilt hat, genauer an, tauchen gleich mehrere Namen auf, die in der Neonazi-Szene sehr bekannt sind: unter anderem Frank Kraemer, der Sänger der Rechtsrock-Band Stahlgewitter, sowie der der rechtsextremen Identitären Bewegung nahe-

stehende You-Tuber Outdoor Illner. Während die Namen einiger Gäste und auch der Veranstalter genannt sind, bleibt der Veranstaltungsort geheim. „In der Pfalz“ heißt es mysteriös auf dem Flyer. Eine Handynummer und eine E-Mail-Adresse sind angegeben. Bei Anmeldung bekommt man den Ort mitgeteilt – wie üblich bei rechtsextremen Veranstaltungen. Die Domain, unter der die E-Mail-Adresse verortet ist, führt zu einer rechtsextremen Internetseite aus Heilbronn. Der Betreiber hetzt dort gegen Flüchtlinge, kritisiert die Corona-Politik und verbreitet rechtsextreme Satire.

Auf Anfrage beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz erklärt eine Pressesprecherin: „Die Veranstaltung, die den Sicherheitsbehörden bekannt ist, ist die zweite dieser Art.“ Der Thing der Titanen sei als rechtsextremistisch zu bewerten. „Beide Organisatoren sind bekannte Rechtsextremisten, insofern verwundert es nicht, dass die Veranstaltung in diesen Kreisen beworben wird“, sagt die Pressesprecherin. „Das Spektrum der Corona-Maßnahmen-Kritiker ist im Übrigen äußerst heterogen.“ Es handele sich um eine „neue Mischszenen“, in der sowohl Extremisten

– wie Reichsbürger, Rechtsextremisten oder Personen, die dem neuen Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zuzurechnen sind – als auch Nichtextremisten aktiv seien.

Zum Veranstaltungsort sagt die Sprecherin nicht mehr, als dass sie in der Pfalz stattfinden solle. Es handele sich um eine Rednerveranstaltung in Form eines Tagesseminars. Für die Menschen im Umkreis bestehe keine Gefahr. „Bislang verliefen diese Veranstaltungen ohne Außenwirkung“, sagt die Pressesprecherin.

Ein Beobachter der rechtsextremen Szene in Rheinland-Pfalz erklärt auf Anfrage, ob er wisse, wo der Thing der Titanen stattfindet: „Ich weiß leider auch noch nichts konkret.“ Der Ex-NPD-Funktionär, weiterhin ein führender Kopf der Szene, sei „inzwischen ja hervorragend vernetzt“ und verfolge „leider über jede Menge Zugriffsmöglichkeiten auf Lokalitäten“. Und: Es gehe das Gerücht um, dass die Veranstaltung auf einem Campingplatz im Landkreis Südwestpfalz geplant sei. Der Szenekenner betont: Der Ex-NPD-Funktionär sei „immer wieder für Überraschungen gut beziehungsweise schlecht.“

Missbrauchspriester kommt seiner zwangsweisen Entlassung zuvor

Die Vorwürfe gegen den Geistlichen aus dem Bistum Trier sind massiv: Der Ruhestandspriester ist wiederholt wegen Missbrauchs von Kindern aufgefallen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Ein Ruhestandspriester des Bistums Trier ist aus dem Klerikerstand entlassen worden. Das teilte eine Sprecherin des Bistums am Freitag mit. Der katholische Geistliche war mehrfach wegen Missbrauchs von Kindern aufgefallen. 1994 war er deshalb von einem Gericht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Bei einem anschließenden Auslandseinsatz als Geistlicher missbrauchte er Ende der 1990er Jahre erneut Kinder. Vor zehn Jahren zeigte sich der inzwischen wieder im Bistum Trier als Krankenhaus-Seelsorger eingesetzte Priester laut Bistum selbst an, das Verfahren sei später wegen Verjährung eingestellt worden. Das vom Bistum parallel eingeleitete außergerichtliche kirchliche Strafverfahren schloss 2014 mit Feststellung der Schuld ab. Dem Geistlichen wurde daraufhin die öffentliche Ausübung des priesterlichen Dienstes dauerhaft untersagt, ebenso erhielt er ein Kontaktverbot zu Kindern und Jugendlichen und das Verbot, das Gebiet der Diözese zu verlassen sowie ein Keimung seiner Bezüge.

Im vergangenen Jahr meldeten

sich laut Bistum weitere Betroffene mit Vorwürfen sexuellen Missbrauchs, die sich auf die späten 1970er bis Anfang der 1990er Jahre bezogen. Deshalb habe Bischof Stephan Ackermann eine neuerliche kirchenrechtliche Voruntersuchung angeordnet. Zudem sei die Staatsanwaltschaft informiert worden.

Während die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Verjährung eingestellt habe, endete die kirchenrechtliche Voruntersuchung im Januar dieses Jahres mit der Feststellung des mehrfachen, teils schweren sexuellen Missbrauchs. Das Ergebnis wurde der römischen Glaubenskongregation gemeldet.

Noch bevor ein weiteres kirchliches Strafverfahren angeordnet worden sei, hat der Mann laut Bistum um die Entlassung aus dem Klerikerstand gebeten. Er habe seine Schuld anerkannt, so das Bistum, und den Wunsch geäußert, moralische wie finanzielle Verantwortung für die schweren Straftaten zu übernehmen.

Der Papst habe dem Antrag auf Entlassung entsprochen. Durch die Entlassung aus dem Klerikerstand komme es nun zu keinem kirchlichen Strafverfahren mehr. Bei einer Entlassung aus dem Klerikerstand

werden die mit der Weihe empfangenen Rechte und Pflichten eines Priesters aufgehoben. Zudem bekomme der Mann keine Bezüge beziehungsweise keine Pension mehr vom Bistum, sagte eine Sprecherin. Im Hinblick auf die Altersversorgung erfolgten allerdings noch Leistungen durch das Bistum. Und auch die Priesterweihe bleibt weiterhin gültig.

Erst im Februar hatte der Trierer Bischof einen Bistumspriester von seiner Tätigkeit in einer Pfarreiengemeinschaft freigestellt und dem Geistlichen die Ausübung priesterlicher Dienste verboten. Zudem wurde die Staatsanwaltschaft informiert. Laut einer Bistumssprecherin liegt der angezeigte Missbrauch 13 Jahre zurück. Dem Bistum Trier waren in den zurückliegenden Jahren immer wieder größtenteils länger zurückliegende Missbrauchsfälle angezeigt worden.

Nach offiziellen Angaben haben sich bis Ende vergangenen Jahres insgesamt 216 Missbrauchsfälle gemeldet. Beschuldigt wurden danach 73 verstorbene und 39 noch lebende Kleriker.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch